

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 22.11.2016

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:33 Uhr - 19:09 Uhr

Vorsitz: Hans-Rudolf Merkel

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 15 stimmberechtigte Ausschussmitglieder/Oberbürgermeisterin  
Ist: 14 stimmberechtigte Ausschussmitglieder

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 51	dienstlich
Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin	dienstlich
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister D5	privat
Herr Hartmut Schulz	Polizeidirektion Chemnitz - Erzgebirge	dienstlich

#### **Unentschuldigt**

Frau Birgit Feuring	Amtsgericht
Herr Maximilian Rietzsch	sachkundiger Einwohner
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte SVC

#### **Verspätetes Erscheinen**

Frau Dr. Sandra Zabel	Stadtelternrat Kitas	ab 16.50 Uhr anwesend - privat
-----------------------	----------------------	--------------------------------

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	ab 18.30 Uhr abwesend - dienstlich
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte SVC	ab 19.05 Uhr abwesend - privat
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE	ab 19.00 Uhr abwesend - privat
Frau Karen Pethke	Kindervereinigung Sachsen e. V.	ab 19.07 Uhr abwesend - privat
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	ab 18.45 Uhr abwesend - privat

#### **stimmberechtigte Ausschussmitglieder**

Frau Cornelia Dietrich	Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V.
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Frau Katrin Frieden	AWO Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V.

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE
Herr Stephan Kämpf	Domizil e. V.
Herr Martin Müller	Kirchgemeinde St. Michaelis Chemnitz
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion

#### **beratende Ausschussmitglieder**

Herr Pfarrer Holger Bartsch	Ev. Kirchenbezirk Chemnitz
Frau Maria Droßel	Agentur für Arbeit
Herr Johannes Kaufmann	Kath. Gemeinde
Frau Gabriele Käschel	Regionalstelle Chemnitz der Sächsischen Bildungsagentur
Herr Thoralf Nieke	Grundsicherung für Arbeitssuchende

#### **stellv. beratende Ausschussmitglieder**

Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt. 51.1	i. V. für Fr. Georgi
--------------------	----------------------------	----------------------

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Jannick Kersten

#### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Sylvia Lammich	Jugendhilfeplanerin Sg 51.12
Frau Kathrin Schäfer	Abteilungsleiterin Abt. 51.5
Herr Michael Seidel	Referent D5
Frau Anette Stolp	Abteilungsleiterin Abt. 51.2

#### **Schriftführerin**

Frau Lisa Bunkowski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
---------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

- 2 Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Merkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.  
Feststellung der Tagesordnung
- 

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 25.10.2016
- 

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlage an den Stadtrat
- 

Vorbereitung und Durchführung des Stadtjubiläums 875 Jahre Chemnitz  
Vorlage: B-285/2016 Einreicher: Oberbürgermeisterin/CWE

---

**Herr Uhle (Geschäftsführer CWE)** führt in den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation ein. Der Ansatz wird sein, eine Nachhaltigkeit zu erreichen, um die Bevölkerung mitzureißen. Er geht dabei auf die Themenbereiche in den einzelnen Stadtteilen (Form, Herausforderung, Liebe, Fortschritt, Höchstleistung) ein.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** möchte wissen, ob Sponsoring und Fundraising betrieben wird. Er fragt, wie das Netzwerk genutzt

---

wird, um finanziell besser ausgestattet zu werden. **Herr Uhle** erläutert, dass die 450.000 Euro in 2018 für die kleinen Projekte vorgesehen sind. Alles was darüber hinaus an Mitteln eingeworben wird, nutzt man für die Hauptveranstaltung. Dies wird Aufgabe der CWE sein. Beim Fundraising sollte man konkrete Projekte zuordnen.

**Herr Kaufmann (beratendes Mitglied)** interessiert, ob es schon Ideen im Bereich der Jugendhilfe gibt und wer die Kommunikationsarbeit übernimmt. **Herr Uhle** setzt auf Impulse der Bevölkerung. Wenn sich Gruppen bilden, wird man an Vereine und Schulen adressieren. Dies soll ein Jubiläum für die Bürger der Stadt sein, sodass man nichts vorschreiben kann. Die Synergien müssen sich aus der Abteilung Stadtmarketing ergeben.

**Herr Bartsch (beratendes Mitglied)** möchte wissen, wie man Chemnitz nach außen gestalten kann. **Herr Uhle** vergleicht dies mit der Aktion ‚Macher‘ aus 2014. Das Stadtjubiläum gelingt hier auf eine charmantere Art und Weise, womit sich Chemnitz auch besser identifizieren kann. Man muss zunächst die Region erschließen. Danach sollte man das Stadtjubiläum kritisch eruieren.

**Herr Merkel** fragt nach, wie „Alltagswelt umsetzen“ und „Zukunft und Chancen“ in diesem Konzept zusammenpassen und weshalb „Stadt der Moderne“ nicht verwendet wird. **Herr Uhle** führt aus, dass es darum geht, die Ideen zu übersetzen. Es geht hierbei um Lebensphasen. Er findet es nicht klug, Slogans einzusetzen und somit einzugrenzen.

**Herr Kersten (beratendes Mitglied)** möchte erfahren, ob auch Ausbildungsklassen angesprochen werden. **Herr Uhle** bestätigt, dass Kontakte bestehen. In diesem Bereich wird es einfacher gelingen, ‚Willige‘ einzubinden.

Der Jugendhilfeausschuss **stimmt** der Beschlussvorlage Nr. **B-285/2016 einstimmig (14 Ja-Stimmen) zu** und empfiehlt dem Stadtrat, die Beschlussvorlage zu beschließen.

---

## 5 Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss

### 5.1 Maßnahmeplan zur Förderung der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2017

Vorlage: B-270/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

---

**Frau Lammich (Jugendhilfeplanerin Sg 51.12)** führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Maßnahmeplan zeichnet sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 dadurch aus, dass 476.948 Euro mehr zur Verfügung stehen. Nichtvollzogen wurde die Einarbeitung von 382.000 Euro für die Umsetzung des Konzeptes Schulsozialarbeit. Nur aus diesem Grund wurden alle Neuanträge zur Schulsozialarbeit und teilweise Stellenerweiterungen abgelehnt. Unter 150 Anträgen gab es 15 Neuanträge. 2 Projekte (Modellprojekt Solaris und Projekt Familienpaten des Caritasverbandes) werden mittels Beschlussvorlage zum Maßnahmeplan erst nachgereicht werden können. Sie informiert weiter zur FRL Schulsozialarbeit, zu der eine Stellungnahme abgegeben wurde. Diese soll noch im Dezember 2016 beschlossen werden. Ein Gesamtkonzept hierfür ist in Zusammenarbeit mit der SBA bis 30.04.2017 zu erarbeiten. Sie macht zuletzt auf eine redaktionelle Änderung auf Anlage 3, Seite 15 lfd. Nr. 5 aufmerksam. Dort soll es heißen „in SEKo 1210 lfd. Nr. 15 enthalten“.

**Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE), Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE), Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP), Herr Stadtrat Dr. Haentjens, Herr Kämpf und Frau Pethke (stimmberechtigte Mitglieder)** bringen folgenden Änderungsantrag ein:

1. *Anlage 3, Seite 3, lfd. Nr. 5  
Kindervereinigung Chemnitz e. V.  
Kinder- und Jugenderholung ,die verreiser‘  
Fördersumme alt: 75.000 Euro  
Fördersumme neu: 105.000 Euro*
2. *Der Unterausschuss wird beauftragt, gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie und dem Träger im 1. Quartal 2017 das Gespräch zu suchen und über die Zukunft des Projektes zu reden. Der Unterausschuss wird beauftragt, das daraus entstandene Konzept im Mai 2017 vorzulegen.*

*Kostendeckungsvorschlag: Reserve (siehe Anlage 3, Seite 17)*

**Herr Merkel** wird gegen den Änderungsantrag abstimmen. Er erinnert, dass mit den bisher zur Verfügung gestellten Geldern 2 Verwaltungskräfte finanziert wurden. Als Träger muss man mit einer Verwaltungsumlage in Höhe von 6 Prozent rechnen. Hier werden nur Verwaltungskräfte finanziert. Es wurde geprüft, dass 2/3 aller mitfahrenden Kinder Chemnitzer Kinder und 1/3 Nichtchemnitzer sind. Es verbietet sich seiner Ansicht nach, kommunale Mittel für Nichtchemnitzer einzusetzen. Dies war auch Kontext im UA JHPL, sodass nur 75.000 Euro zur Förderung vorgeschlagen werden. Es wurden mehrere Gespräche mit dem Träger geführt, einen festen Zuschuss pro Chemnitzer Kind zu gewähren, was abgelehnt wurde. Zuletzt macht er deutlich, dass er es für nicht sachgerecht und zielführend erachtet, bereits jetzt auf die Reserve von 248.504 Euro zurückzugreifen, welche vor allem für das Einsetzen der Eigenmittel für die neue Gesamtkonzeption zur FRL Schulsozialarbeit gedacht ist.

**Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1)** erklärt, dass bereits mehrere Gespräche geführt wurden. Man hat den Teil der Verwaltungskosten herausgenommen und nur den Teil der städtischen Bezuschussung in die Beschlussfassung aufgenommen. Der Teil der ‚verreiser‘, der Reisen veranstaltet bzw. Erträge realisiert, indem Eltern Beiträge leisten, ist bis vor 2 Monaten der Verwaltung nicht bekannt gewesen. Wenn man den Teil Verwaltungskosten (knapp 2 AE) auf einen Anteil der Verwaltungskosten der jetzt beschlossen wird reduziert, kommt man auf einen Anteil in Höhe von über 60 Prozent der Maßnahme insgesamt. Dies ist im Vergleich zu anderen Bereichen außerordentlich hoch. Er stellt klar, dass es nicht darum geht, dass Nichtchemnitzer nicht mitfahren dürfen. Es besteht das Problem, dass der Träger für diese Kinder ein Finanzierungsdefizit innehat und kommunale Mittel nicht hierfür eingesetzt werden dürfen. Es gibt eine klare örtliche Zuständigkeit.

**Herr Stadtrat Dierks, Herr Stadtrat Dr. Haentjens, Frau Stadträtin Furtenbacher und Herr Stadtrat Hopperdietzel** bringen Argumente für eine Zustimmung. Zunächst wird dieser Änderungsantrag als Kompromiss angesehen. Es gibt Eltern, die angrenzend an Chemnitz wohnen und in der Stadt arbeiten. Den Kindern kann man nicht vermitteln, nicht mitfahren zu können. Man ist der Meinung, dass das Projekt tatsächlich neu konzipiert werden sollte und das Kommunikationsproblem gelöst wird. Die Konsequenz wäre bei einer Förderung in Höhe von 75.000 Euro, dass lediglich die Abwicklung des Projektes vollzogen werden kann und die Reisen

nicht stattfinden.

**Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** gibt zu bedenken, dass jeder Träger weiß, dass er auf die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses warten muss, bevor er in Zahlungsverpflichtungen geht. Dies ist kein Argument. Er findet es nicht korrekt, dass mit den bereits erfolgten Buchungen ein Druck auf die Entscheidungsträger aufgebaut wird. Das Amt 51 hat dem Träger auch den Vorschlag gemacht, beim Landkreis Mittelsachsen nach möglichen Finanzierungen anzufragen, wenn es viele Nichtchemnitzer Mitfahrer gibt.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: bei Stimmengleichheit abgelehnt (7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen)**

\* \* \*

**Frau Dietrich (stimmberechtigtes Mitglied)** sagt, dass das Projekt KJH „UK“ des AWO Kreisverband Chemnitz e. V. die beantragte Stellenerweiterung um 0,5 AE bezuschusst bekommen sollte, da der Träger statistisch nachweisen könne, dass der Bedarf in dem Stadtteil zugenommen hat. **Frau Lammich** erläutert, dass 0,5 AE seit einem halben Jahr unbesetzt sind. Man ist der Auffassung, dass man die vorhandenen Stellenanteile auch ‚umstricken‘ kann. Zum anderen gab der Träger keine Begründung an, weshalb zusätzlich 0,5 AE benötigt werden.

**Herr Stadtrat Dr. Haentjens** fragt zu Komplizen e. V. nach, weshalb die beantragte Projektförderung abgelehnt wurde. **Frau Lammich** führt aus, dass seit Januar 2015 Gymnasien in Sachsen bei Förderungen im Bereich der Berufsorientierung nicht mehr als förderwürdig anerkannt werden: Dies ist Problem des Ministeriums und nicht der Jugendhilfe. Die praktische Arbeit des Trägers vollzieht sich im Rahmen des Unterrichts. Wenn man von außerschulischer Jugendbildung spricht, sollten diese außerhalb der Schule stattfinden. Aus diesen Gründen erfolgt eine Ablehnung.

**Herr Stadtrat Otto** wünscht nähere Erläuterungen zur Ablehnung der Schulsozialarbeit an der LFS Altchemnitz. **Frau Lammich** sagt, dass sich die Begründung „keine Priorität im Konzept“ auf die 0,75 AE beziehen. Im Konzept wurde eine flächendeckende Variante mit 0,75 AE festgelegt. Über die FRL Schulsozialarbeit wird man die Möglichkeit haben, Stellenaufstockungen vorzunehmen.

**Herr Stadtrat Dierks** informiert, dass eine Beratung zur FRL am 02.12.2016 im Landtag stattfindet, zu der die Amtsleiter der Jugendämter eingeladen wurden, um ihre Sichtweisen zu erläutern.

**Frau Frieden (stimmberechtigtes Mitglied)** fragt nach dem Grund der Ablehnung zum Eltern-Kind-Zentrum des KJF e. V. und welche alternativen Möglichkeiten einer Förderung bestehen. **Herr Stopat** erinnert, dass im Rahmen des Modellprojekts 6 Eltern-Kind-Zentren (3 kommunal und 3 in Freier Trägerschaft) gefördert wurden. Für mehr sind Mittel nicht vorhanden. Es gibt möglicherweise andere Fördermittelgeber, jedoch nicht aus diesem Budget.

**Frau Dr. Zabel (beratendes Mitglied)** möchte wissen, weshalb so viele (zum Teil auch erfahrene) Träger keine Stellenerweiterung aufgrund fehlender Begründung bekommen. Ihr fällt auf, dass diese hauptsächlich aus dem § 11 SGB VIII stammen. **Frau Lammich** erklärt, dass es nicht erklärbar ist. Die Träger wissen, dass diese in den Anträgen ihren Bedarf begründen müssen. Oftmals reichen die Begründungen auch nicht aus, da sie nicht der jugendhilfeplanerischen Aufgabenstellung gerecht

werden. Zudem sagt sie, dass sich die meisten Angebote im § 11 SGB VIII bewegen. Es wurden auch im letzten Jahr hier schon Stellenerweiterungen vorgenommen, sodass man genau prüfen muss, ob dies in diesem Jahr wieder notwendig ist.

**Frau Stadträtin Furtenbacher** fragt zum einen, weshalb die beantragten Zuwendungen nicht in voller Höhe bewilligt wurden, zumal die Geburtenzahlen steigen, die Wartelisten länger werden und das Angebot einzigartig ist. Nach ihrer Kenntnis wurde dies im Antrag ausgeführt. Weiter möchte sie wissen, in welcher Höhe die Komplizen e. V. eine Förderung beantragt haben. Zuletzt interessiert sie, weshalb man für die Skaterhalle des AJZ e. V. eine geringere Förderung vorschlägt, als im letzten Jahr. **Frau Stolp (Abteilungsleiterin Abt. 51.2)** erläutert, dass keine ausreichende Begründung vorgelegen hat. Man kann dies auch nicht an den angestiegenen Geburten fest machen. Ein Gespräch wird dennoch mit dem Träger geführt. **Frau Lammich** ergänzt, dass der Antrag der Komplizen e. V. 43.000 Euro vorsah. In Bezug auf die Skaterhalle vermutet sie, dass die geringere Förderung mit dem Eigenanteil zusammenhängt.

**Frau Pethke** bezieht sich auf die Schulsozialarbeit an der OS Altchemnitz/Reichenbrand. Sie wünscht eine Erklärung, weswegen keine Stellenerweiterung auf 0,75 AE erfolgt ist. Ihr ist außerdem wichtig zu wissen, ob es mit dem Träger des Projektes ‚verreiser‘ ein nochmaliges Gespräch auch im Hinblick Richtung Neukonzeption geben wird. **Frau Lammich** erläutert, dass die Bedarfsbegründung nicht gegeben war und hier eine Kombination mit einer anderen Schule vorliegt. **Herr Stadtrat Otto** sagt, dass die Thematik der ‚verreiser‘ am 10.01.2016 im UA JHPL erneut besprochen wird, um einen Lösungsansatz zu finden. Danach wird der Träger zeitnah in eine Sitzung des UA JHPL eingeladen, um die geforderte Neukonzipierung zu besprechen. **Herr Stopat** bekräftigt, dass man nicht am Ende des Gesprächs ist und die Jugendhilfe das Augenmerk sein sollte. Man wird auch die Unterlagen vor Ort prüfen.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel** bittet um Prüfung, ob es möglich ist, die Anträge der Freien Träger analog der Anträge in der Kulturförderung digital im System zur Verfügung zu stellen.

\* \* \*

Zu dieser Beschlussvorlage zeigen nachfolgende **stimmberechtigte Ausschussmitglieder Frau Dietrich (Geschäftsführerin KJF e. V.)** – SEKo 1204 lfd. Nr. 19, SEKo 1206 lfd. Nr. 5 – 7, SEKo 1207 lfd. Nr. 11 – 14, 36 und SEKo 1211 lfd. Nr. 1, **Herr Stadtrat Otto** und **Frau Drechsler (Vorstand different people e. V.)** – SEKo 1207 lfd. Nr. 6 ihre Befangenheiten an. Sie nehmen zu den betreffenden Maßnahmen an der Wandseite Platz.

Abstimmung zu den Maßnahmen, bei denen keine Befangenheit vorliegt:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (14 Ja-Stimmen)**

\* \* \*

Abstimmung zu den Maßnahmen, bei denen die Befangenheit von Frau Dietrich vorliegt (SEKo 1204 lfd. Nr. 19, SEKo 1206 lfd. Nr. 5 – 7, SEKo 1207 lfd. Nr. 11 – 14, 36 und SEKo 1211 lfd. Nr. 1):

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)**

Abstimmung zu der Maßnahme, bei der die Befangenheit von Herrn Stadtrat Otto und Frau Drechsler vorliegt (SEKo 1207 lfd. Nr. 6):

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen)  
Beschluss B-270/2016**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Zuwendungen an die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe im Jahr 2017 auf der Grundlage der Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit – FRL-JSG in einer Gesamthöhe von 8.928.473 € und die Verteilung der Zuwendung unter dem Vorbehalt des Erlasses der Haushaltssatzung 2017.

Bis zum Zeitpunkt dieses Erlasses wird die Fördersumme 2017 quartalsweise in Höhe von 25 % gemäß Anlage 3, Seite 1 bis 16, Spalte 6 dieser Beschlussvorlage bewilligt und an die Träger der freien Jugendhilfe ausgezahlt.

- 5.2 Zuwendungen 2016 an Träger der freien Jugendhilfe gemäß der „Richtlinie des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz zur Förderung von baulichen Maßnahmen und Ausstattungen für Leistungen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII (außer Kindertageseinrichtungen)“  
Vorlage: B-286/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

**Herr Stopat** führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-286/2016**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage der „Richtlinie des Amtes für Jugend und Familie zur Förderung von baulichen Maßnahmen und Ausstattungen für Leistungen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII (außer Kindertagesstätten) vom 07.07.2015 die Gewährung von Zuwendungen für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von **9.685,24 €** wie folgt:

<b>Träger</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Vorschlag kommunaler Zuschuss</b>
Alternatives Jugendzentrum e. V. Chemnitz	Musikanlage für die Offene Kinder- und Jugendarbeit	3.735,00 €
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V.	Anschaffung von Büromöbeln als Grundausstattung der Schulsozialarbeit an der Dr.-Salvador-Allende-Grundschule	3.348,10 €
Arthur e. V.	Kennzeichenleuchten für Fluchtweg	647,56 €
AGIUA e. V.	Beschaffung eines Beamer	1.954,58 €

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen)**

- 5.3 Bereitstellung von Fördermitteln für den Neubau einer Kindertageseinrichtung in der Hohensteiner Straße/Ecke Heinrich-Brettschneider-Straße für den Träger Stadtmission Chemnitz e. V. in Kooperation mit der Johanneskirchgemeinde Chemnitz-Reichenbrand  
Vorlage: B-292/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
- 

**Herr Stopat** führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-292/2016**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bereitstellung von Fördermitteln für den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Stadtmission Chemnitz e. V. in Kooperation mit der Johanneskirchgemeinde Chemnitz-Reichenbrand für den Neubau einer Kindertageseinrichtung in Reichenbrand, Hohensteiner Straße/Ecke Heinrich-Brettschneider-Straße, als Zuschuss.

Die Höhe der bereitgestellten Fördermittel beträgt insgesamt 449.965,00 €.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen)**

- 6 Beschlussantrag an den Stadtrat
- 

Krankentagegeld für Kindertagespflegepersonen  
Vorlage: BA-060/2016 Einreicher: Fraktion AfD

---

**Herr Stopat** führt in den Tagesordnungspunkt ein. Zu dieser Thematik hat eine Tagespflegeperson gegen die Stadt Dresden geklagt und vom Oberverwaltungsgericht Recht bekommen. Für den Eintritt eines krankheitsbedingten Verdienstauffalls ist Vorsorge zu schaffen. In diesem Fall erfolgt ein Krankentagegeld ab dem 43. Tag. Ein Widerspruch zum § 23 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII gibt es nicht. Es besteht hierbei die Schwierigkeit, dass der Beschlussantrag nicht konkrete Aussagen beinhaltet, ab welchem Tag ein Krankentagegeld gelten soll.

**Herr Stadtrat Otto** sieht noch Diskussionsbedarf und empfiehlt, das Thema nochmals im UA JHPL zu besprechen. Hierbei spielen beispielsweise auch die 32 gewährten Urlaubstage eine Rolle und ob die Satzung angepasst werden müsste.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel** ist der Meinung, dass der UA JHPL das Thema diskutieren, jedoch nicht die Aufgabe haben sollte, nachzubessern. Es ist Aufgabe des Einreichers, den Beschlussantrag zu konkretisieren.

**Herr Merkel** stellt fest, dass aus den vorliegenden Tatsachen keine sachgerechte Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss erfolgen kann. Weiterhin fordert dieser eine Konkretisierung des Beschlussantrages durch den Einreicher. Der UA JHPL soll nochmals sachgerecht zu diesem Thema beraten.

Der Jugendhilfeausschuss **lehnt** den Beschlussantrag Nr. **BA-060/2016 einstimmig (12 Ja-Stimmen) ab** und empfiehlt dem Stadtrat, den Beschlussantrag nicht zu beschließen.

7 Verschiedenes

---

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

Es gibt keine mündlichen Informationen der Verwaltung.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

Es besteht seit kurzem eine Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche bei der Ikos (Frauenhilfe Chemnitz e.V.) in Bezug auf häusliche Gewalt und Stalking. **Frau Stadträtin Furtenbacher** wünscht eine Einladung der Mitarbeiterin in den Ausschuss und eine Vorstellung zu der Arbeit.

Die Verwaltung wird dieser Bitte nachkommen.

\* \* \*

**Herr Kaufmann** macht auf die Ergänzung des § 16 h SGB II aufmerksam. Man sollte sich mit der Thematik beschäftigen. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.5)** ergänzt, dass das Inkrafttreten noch aussteht. Hierzu wird sich mit dem Jobcenter und dem Träger verständigt.

\* \* \*

**Frau Pethke** fragt zum Stand der Anträge Mehrgenerationenhäuser nach. **Frau Lammich** führt aus, dass das bestehende Mehrgenerationenhaus von solaris seit 2 Monaten Kenntnis hat, dass dieses weiter gefördert wird. Bisher weiß man nur, dass der Antrag vom Haus der Begegnung abgelehnt wurde.

\* \* \*

**Frau Frieden** informiert über eine Aktion mit dem Stadtelternrat, der Wohlfahrtsverbände und der GEW am 29.11.2016 und/oder am 06.12.2016. Beteiligte Kindertageseinrichtungen werden 2 Stunden eher schließen, um eine notwendige Vor- und Nachbereitungszeit der Erzieher gewährleisten zu können. **Herr Merkel** empfindet die Aktion als kein geeignetes Mittel, um die berechnete Forderung umzusetzen. **Herr Stadtrat Hopperdietzel** ist der Auffassung, dass diese Art des Hilfesuchens berechnete ist. Er sieht hier klaren Handlungsbedarf. Der Gesetzgeber sollte sich mit den Beteiligten zusammenfinden und Lösungen erarbeiten. **Herr Stopat** erinnert, dass die Stadt die Anforderungen des SächsKitaG bereits übertrifft und eine Vor- und Nachbereitungszeit gewährt hat. Er gibt bekannt, dass sich die kommunalen Kindertageseinrichtungen an dieser Aktion nicht beteiligen werden. Eine Verbesserung ist erforderlich, jedoch nicht auf diesem Weg geeignet.

**Frau Dr. Zabel** informiert zur Veranstaltung des Stadtelternrates zu diesem Thema am 29.11.2016 im Kraftwerk von 18.00 Uhr – 20.00 Uhr. Man möchte zeigen, dass man noch nicht zufrieden ist. **Frau Stadträtin Furtenbacher** möchte wissen, wie die Forderung seitens der Eltern unterstützt wird. **Frau Dr. Zabel** erklärt, dass die Thematik umstritten ist. Man wird die Veranstaltung abwarten.

- 8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der **öffentlichen** Sitzung werden die **Stadtratsmitglieder Herr Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Otto (SPD-Fraktion)** bestimmt.

\* \* \*

**Der stellv. Vorsitzende Herr Merkel** schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -.

09.12.2016 *Hans-Rudolf Merkel*  
Datum Hans-Rudolf Merkel  
stellv. Vorsitzender  
des Ausschusses

15.12.2016 *Hopperdietzel*  
Datum Hopperdietzel  
Mitglied  
des Ausschusses

15.12.2016 *M. Otto*  
Datum Otto  
Mitglied  
des Ausschusses

07.12.2016 *Bunkowski*  
Datum Bunkowski  
Schriftführerin